

**Geschäftsbericht
und Rechnung 2001**
Pensionskasse



Impressum

Herausgeber

Pensionskasse der Stadt Zürich
Strassburgstrasse 9, 8039 Zürich
Tel. +41 (0)1 216 52 52
Fax +41 (0)1 216 09 63
E-Mail: pk@vk.stzh.ch
Internet: www.pkzh.ch

Text

Dr. Ernst Welti, Armin Braun, Margrit Bieri,
Urs Muntwyler, Rudolf Thoma, Decimo Vincenzi

Konzept und Gestaltung

agor ag, Marketing, Werbung, Public Relations
8037 Zürich

Fotos

Matthias Auer, 8048 Zürich

Druck

Karl Schwegler AG, 8050 Zürich
Auflage 38'000 Exemplare

Bildkonzept

Brücken, Übergänge und Verbindungen
vereinfachen das Leben und ermöglichen
Begegnungen.

Dies dokumentieren die Bilder unseres
diesjährigen Geschäftsberichts anhand
von Szenen aus dem Alltag in Zürich.



Gemütlich Zeit gewinnen: Drahtschmidli-Steg über die Limmat

Inhalt

Geschäftsbericht

Wichtigste Kennzahlen	2
Vorwort	3
Rückblick und Ausblick	4 – 7
Jahresbericht	8 – 13
Vermögensanlagen	14 – 21
Jahresergebnis und Deckungsgrad	22

Jahresrechnung

Betriebsrechnung	24 – 26
Bilanz	26
Jahresrechnung – Anhang	27 – 36
Bericht der Kontrollstelle	37

Allgemeine Informationen

Organe	38 – 39
Angeschlossene Unternehmen	40

Wichtigste Kennzahlen

	2001	2000
<u>Aktiv Versicherte</u>	23'000	22'481
<u>Pensionsberechtigte</u>	14'095	13'743
<u>Angeschlossene Unternehmen</u>	136	132
<u>Vermögen in CHF</u>	10'999'255'319	12'007'906'207
<u>Jahresergebnis in CHF</u>	-894'270'307	-30'058'918
<u>Performance</u>		
Gesamtrendite, bestehend aus Direkterträgen und Wertveränderungen – in %	-5.4	4.0
<u>Deckungsgrad</u>		
Verhältnis des Vermögens zu den Verpflichtungen – in %	138.3	148.7

Vorwort



Die Versicherten und Pensionsberechtigten konnten sich auch im Berichtsjahr an ihrer Pensionskasse freuen. Sie haben im Jahr 2001 höhere Renten erhalten und wie schon 1999 und 2000 tiefere Beiträge bezahlt:

- Die Pensionsberechtigten erhielten im Januar 2001 eine Rentenerhöhung von 4.7% – wovon 3% real – und im Januar 2002 den vollen Teuerungsausgleich von 1%.
- Neben dem vollen Deckungskapital verfügt die Pensionskasse über namhafte zusätzliche Reserven. Damit kann den Pensionsberechtigten in den nächsten Jahren der Teuerungsausgleich finanziert und das Leistungsziel für die aktiv Versicherten auch in Zukunft erhalten bzw. zusätzlich verbessert werden.
- Die ordentlichen Beiträge der aktiv Versicherten (und der Arbeitgeber) werden ab 2002 bei gleichbleibendem Leistungsziel durchschnittlich um rund 17% reduziert.
- Trotz höherer Lebenserwartung und dadurch notwendiger tieferer Umwandlungssätze kann das Leistungsziel der Kasse aufrecht erhalten werden. Als Kompensation werden die Altersguthaben der Versicherten im Jahr 2002 einmalig mit 12.1% verzinst!

Die Kasse ist nach wie vor mit sehr guten Reserven dotiert. Aufgrund der ungünstigen Börsenentwicklung muss die Beitragsverbilligung aus den freien Reserven ab 2002 allerdings entfallen. Geschäftsleitung und Personal der Kasse haben im Jahr 2001 einige wichtige Neuerungen erfolgreich umgesetzt, mit

denen die Angebote und Dienstleistungen zugunsten der Versicherten und der Pensionsberechtigten zusätzlich verbessert werden:

- Vorbereitung und Einführung des Vorsorgeplans 2002
- Ausarbeitung des Anlagekonzeptes 2002
- Realisierung des Auftritts im Internet (www.pkzh.ch)
- Vereinfachung der internen Arbeitsabläufe
- Vorbereitung und Einführung einer elektronischen Archivierungslösung.

Die vor einem Jahr angekündigte Umwandlung der Pensionskasse in eine öffentlich-rechtliche Stiftung ist inzwischen vom Gemeinderat einmütig gutgeheissen worden. Die Volksabstimmung findet am 2. Juni 2002 statt.

Am 14. Mai 2002 werde ich nach 20 Jahren als Finanzvorstand der Stadt Zürich zurücktreten. Dadurch wird auch der Vorsitz in der Kassenkommission wechseln. Ich bin überzeugt, dass die Pensionskasse durch den Übergang zur selbstständigen Stiftung ihren bisher schon hohen Standard noch steigern und auch in Zukunft für die Versicherten und Pensionsberechtigten echten Mehrwert schaffen kann.

Der Präsident der Kassenkommission

Stadtrat Willy Küng



Faszinierende Überquerungen:

Seiltänzer im Zirkus Knie am Bellevue

Rückblick und Ausblick

Teuerungsausgleich und Koordinationsbetrag

Die Löhne des Personals, die den städtischen Lohnbestimmungen unterstehen, wurden auf den 1. Januar 2001 generell und bleibend um 3.5% erhöht. Zusätzlich wurde im Juni eine generelle einmalige Zulage von 1.5% des Jahreslohns ausgerichtet.

Den Pensionsberechtigten der Stadt und der angeschlossenen Unternehmen wurde auf den 1. Januar 2001 zu Lasten der Pensionskasse eine Rentenerhöhung von 4.7% gewährt, wovon 1.7% als Teuerungsausgleich.

Der Koordinationsbetrag für die Vollbeschäftigten, der sich nach dem BVG-Koordinationsbetrag richtet, wurde auf den Beginn des Geschäftsjahres von CHF 24'120 auf CHF 24'720 erhöht.

Beitragsentlastung

2001 konnte zum dritten Mal in Folge eine Beitragsentlastung in Höhe von 60% der Beiträge (Spar- und Risikobeiträge) durchgeführt werden. Die Pensionskasse verrechnete den Versicherten und den Arbeitgebern somit nur 40% der Beiträge. Die Finanzierung des Rests war durch die freie Reserve gesichert.

Ein Personalverband hat dagegen Beschwerde erhoben. Diese wurde am 20. August 1998 vom kantonalen Amt für berufliche Vorsorge und nach Weiterzug am 26. Januar 2000 von der eidgenössischen Beschwerdekommision der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge und schliesslich am 26. November 2001 vom Bundesgericht in Lausanne abgewiesen.

Trotz dieser höchstrichterlichen Bestätigung wird im Jahr 2002 aus zwei Gründen keine Beitragsentlastung mehr durchgeführt: Im Rahmen des Vorsorgeplans 2002 (siehe Seite 5) sollen die Reserven grundsätzlich zur Höher- und Zusatzverzinsung der Altersguthaben sowie zur Erhöhung der Renten verwendet werden. Und faktisch ist die freie Reserve durch die ungünstige Börsenentwicklung vollständig vernichtet worden.

Bundesgerichtsurteil zu den Risikobeiträgen 1997

Der Gemeinderat beschloss am 2. April 1997 die Kassenstatuten so abzuändern, dass im Rahmen einer Übergangsbestimmung die Risikobeiträge in Höhe von 2% für das Jahr 1997 aus

einer Reserve der Pensionskasse finanziert werden sollten.

Ein Personalverband hat dagegen Beschwerde erhoben und den Fall bis vor Bundesgericht durchgezogen. Dieses hat am 26. November 2001 die Beschwerde gutgeheissen. Da im statutarischen Normalfall die Stadt allein die 2% Risikobeiträge zu erbringen habe, führe die Übergangsbestimmung zu einer einseitigen Entlastung des Arbeitgebers, was rechtswidrig sei. Zulässig sei hingegen die gleichmässige Beitragsentlastung für Versicherte und Arbeitgeber (siehe auch Urteil Beitragsentlastung).

Die Stadt Zürich muss deshalb für 1997 CHF 19.8 Mio. Risikobeiträge an die Pensionskasse nachzahlen. Zuzüglich Verzinsung von 4% wurden Ende 2001 insgesamt CHF 23.7 Mio. überwiesen.

Vorsorgeplan 2002

Am 26. September 2001 beschloss der Gemeinderat eine Statutenänderung, welche den gesamten Vorsorgeplan zum Inhalt hat (Umwandlungssätze, Gutschriften und Verzinsung). Sie tritt auf den 1. Januar 2002 in Kraft.

Die von der Pensionskasse aufgrund eigener Beobachtungen erstellten technischen Grundlagen VZ 2000 wurden Ende 1999 publiziert. Die dabei festgestellte allgemeine Erhöhung der Lebenserwartung hat tiefere Umwandlungssätze zur Folge. Sie kommen ab 2002 zur Anwendung. Durch verschiedene Kompensationsmassnahmen zu Lasten des Vermögens der Pensionskasse kann das bisherige Leistungsniveau aber unverändert erhalten werden.

Im Weiteren ermöglicht es die gute Reservesituation der Pensionskasse, die Altersgutschriften – und damit auch die

Beiträge – dauernd um durchschnittlich rund 17% zu senken und durch eine entsprechende Höherverzinsung der Altersguthaben zu kompensieren. Bei guter Reservesituation oder bei hohen Jahreserträgen besteht sogar die Möglichkeit, durch Zusatzverzinsungen das Leistungsziel zu übertreffen.

Schliesslich soll die heute stark gestaffelte Gutschriftenkurve verflacht werden – wiederum ohne am Leistungsziel zu rütteln. Die zur Zeit eher hohen Gutschriftensätze für ältere Versicherte werden damit auf ein mit anderen grossen Kassen vergleichbares Niveau zurückgenommen.

Vereinfachung von Arbeitsabläufen

Mit Mitteln des Prozessmanagements wurden Abläufe – insbesondere in der Abteilung «Aktiv Versicherte» – vereinfacht. Dadurch konnte Kapazität für vermehrte Betreuung der Versicherten und Arbeitgeber freigesetzt werden.

Ende Berichtsjahr wurde mit der Einführung einer elektronischen Archivierungslösung begonnen. Sie wird im März 2002 in Betrieb genommen.

Auftritt im Internet

Die Pensionskasse ist seit Juli 2001 im Internet präsent (www.pkzh.ch). Angeboten werden zahlreiche Informationen zu den Beiträgen und Leistungen, zu den Vermögensanlagen und zur Organisation. Im Weiteren lassen sich Merkblätter und Formulare sowie die Rechtsgrundlagen und der Geschäftsbericht am Bildschirm betrachten, herunterladen und ausdrucken.

Informationstätigkeit

Im März des Berichtsjahres erhielten die Versicherten einen Versicherungsausweis, der sie unter anderem über den Stand ihrer Altersguthaben und die voraussichtlichen Pensionsansprüche orientierte.

Im August wurde allen Versicherten und Pensionsberechtigten erstmals die Vollversion von Geschäftsbericht und Rechnung zugestellt. In früheren Jahren erhielten sie jeweils nur eine Kurzfassung. Im November fand eine Informationsveranstaltung für die angeschlossenen Unternehmen statt, die auf grossen Anklang stiess. Im Anschluss daran wurde eine systematische Kundenbefragung durchgeführt. Diese erlaubt es, künftig noch gezielter auf die Bedürfnisse der angeschlossenen Unternehmen einzugehen.

Rechtsmittelverfahren

Entscheide der Pensionskasse können entweder durch Klage beim Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich oder vorab durch Einsprache bei der Direktion der Versicherungskasse angefochten werden. Die Direktion fällt ihren Entscheid nach Anhören des Kassenausschusses bzw. – in eindeutigen oder dringenden Fällen – nach Anhören des Präsidiums des Kassenausschusses. Nach dem Entscheid der Direktion steht immer noch der Rechtsweg an das Sozialversicherungsgericht offen.

Im Berichtsjahr gingen 28 Einsprachen ein. Vom Gesamtbestand konnten 11 Einsprachen durch gänzliche und sechs durch teilweise Wiedererwägung erledigt werden. Weitere sechs Einsprachen wurden abgewiesen. Ende Berichtsjahr waren noch 14 Einsprachen pendent.

Vor dem kantonalen Sozialversicherungsgericht wurden vier Klagen gegen die Pensionskasse erhoben und bei fünf früheren ein Urteil gefällt. Drei Urteile fielen zugunsten der Pensionskasse, zwei zugunsten der Versicherten aus. Auf der Stufe des Eidgenössischen Versicherungsgerichts ergingen vier Urteile zugunsten der Versicherten sowie eines zugunsten der Pensionskasse.

Die thematischen Schwerpunkte der behandelten Rechtsmittel und ergangenen Urteile gliedern sich wie folgt:

- Insgesamt 16 Fälle betrafen die Rechtmässigkeit einer Rückforderung und – teilweise damit zusammenhängend – die Berechnung der Überentschädigung. Zudem wurden vier Erlassgesuche infolge wirtschaftlichen Härtefalls beurteilt.
- Zweimal war bei unbestrittener Invalidität der Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit und in weiteren drei Fällen die Frage der Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit bei vorbestandenem Leiden Streitgegenstand. In 10 Fällen war das Vorliegen bzw. das Ausmass eines Erwerbsinvaliditätsgrades strittig.
- Die Verjährung einer Freizügigkeitsleistung sowie diejenige eines Rententammrechts gaben Anlass zu zwei weiteren Verfahren.

Kassengremien

Die Kassenkommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. Sie behandelte neben den ordentlichen Geschäften namentlich zwei bedeutende Vorlagen (Vorsorgeplan 2002 und Umwandlung in Stiftung) sowie die Äufnung und Verwendung der Reserven. Die insgesamt sechs Sitzungen des Kassenausschusses dienten vor allem der Vorberatung der Geschäfte der Kassen-

kommission und der Behandlung der Quartalsberichte der Hypothekenverwaltung.

Schwergewichte der 18 Sitzungen und drei Workshops der Anlagekommission bildeten die Überwachung der Vermögensverwaltungs-Mandate sowie die Erarbeitung des neuen Anlagekonzeptes 2002. Einzelheiten sind im Kapitel Vermögensanlagen dargestellt.

Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung

Die entsprechende Vorlage des Stadtrats ist in der Vernehmlassung vom April 2001 auf breite Zustimmung gestossen. Der Gemeinderat hat sie am 6. Februar 2002 mit 110:0 Stimmen zu Händen der Gemeinde verabschiedet. Nach der deutlichen Zustimmung durch das Volk am 2. Juni 2002 wird die Pensionskasse auf Januar 2003 in eine öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung umgewandelt. Geändert wird dabei ausschliesslich das Rechtskleid. Das Beitrags- und Leistungssystem soll unverändert belassen werden, und am Leistungsziel der Kasse wird nicht gerüttelt. Eine optimale Kompetenzaufteilung zwischen den Organen der Pensionskasse und jenen der Stadt wird ebenso gewährleistet wie die Zuständigkeit des Stadt- und Gemeinderats sowie der Stimmberechtigten im Bereich wesentlicher politischer Entscheidungen.

Als oberstes Organ der Pensionskasse wird neu ein Stiftungsrat wirken, der sich paritätisch aus Versicherten- und Arbeitgebervertretungen zusammensetzt. Das Wahlverfahren für den Stiftungsrat soll rechtzeitig angegangen werden, damit dieser bereits im Herbst

2002 seine Tätigkeit aufnehmen und erste Beschlüsse fassen kann.

Zusammenarbeit mit der Unfall- und Schadenversicherung

Die Pensionskasse gehört heute – zusammen mit der Unfallversicherung und der Schadenversicherung – zur Dienstabteilung «Versicherungskasse» des städtischen Finanzdepartements. Diese wird auf Ende 2002 aufgehoben. Gleichzeitig mit der Umwandlung der Pensionskasse in eine Stiftung wird die Unfallversicherung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und die Schadenversicherung in eine Fachstelle für Versicherungen des Finanzdepartements übergeführt. Oberstes Organ für beide Zweige bleibt der Stadtrat.

Die Pensionskasse wird nach wie vor eng mit der Unfall- und der Schadenversicherung zusammenarbeiten, um der Stadt und den angeschlossenen Unternehmen wie bisher in koordinierter Form die gesamte Palette an Versicherungsdienstleistungen anzubieten.

Projekt Invalidität

Das Leistungs- und Finanzierungssystem der Invalidenversicherung wird umfassend überprüft. Gleichzeitig sollen im Rahmen des Personalrechts Massnahmen zur Verhütung von Invalidität und Anreize zur Weiterbeschäftigung oder Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz geschaffen werden.

Ende 2001 hat die Geschäftsleitung ein Grobkonzept verabschiedet, das 2002 den Kassengremien vorgelegt wird. Bis Ende 2002 soll das Detailkonzept erarbeitet werden. Die Umsetzung ist auf Januar 2004 geplant.





Der direkteste Weg nach oben:

[Polybahn vom Central zur ETH-Terrasse](#)

Jahresbericht

Versichertenbestand und Mutationen

Der Versichertenbestand erhöhte sich um 519 auf 23'000 Personen, wobei die Frauen weiterhin in der Mehrheit sind. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Eintritte zu, während die Austritte leicht zurückgingen. Bei den Frauen ist weiterhin eine höhere Fluktuationsrate festzustellen als bei den Männern.

Als Eintritte zu erwähnen sind:

- Krankenhaus Riesbach (ehemals Pflegeheim ESRA) mit 84 Versicherten, welches ins Amt für Krankenhäuser integriert wurde
- 6 neue angeschlossene Unternehmen mit insgesamt 39 Versicherten
- 150 Pro-Senectute-Haushilfen, die Aufnahme in verschiedenen Spitex-Vereinen fanden.

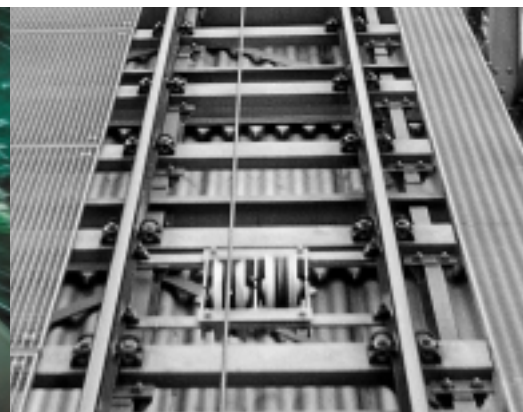
Als Austritt zu erwähnen ist:

- Rheuma- und Rehabilitationsklinik Leukerbad, was einem Verlust von 167 Versicherten entspricht. Die Kündigung des Anschlussvertrags steht im Zusammenhang mit der Gründung der neuen Gesellschaft RZL Rehabilitationszentrum Leukerbad AG, die zum 1. Januar 2002 sämtliche Aktivitäten der bisherigen Firmen Rheuma- und Rehabilitationsklinik Leukerbad sowie Fachklinik für Neurologische Rehabilitation übernahm.

Die Todesfälle stiegen gegenüber dem Vorjahr – bedingt durch eine Zunahme bei den Männern – auf 24 an. Diese Quote liegt aber nach wie vor unter den statistischen Erwartungen.

Aktiv Versicherte

	Männer	Frauen	Total
<u>Stand am 31. Dezember 2000</u>	10'980	11'501	22'481
<u>Zugänge</u>			
Eintritte	1'470	2'963	4'433
<u>Abgänge</u>			
Austritte	1'176	2'130	3'306
Todesfälle	21	3	24
Altersrücktritte	245	175	420
Invalidisierungen	74	90	164
Abgänge Total	1'516	2'398	3'914
<u>Veränderungen gegenüber Vorjahr</u>	-46	565	519
<u>Stand am 31. Dezember 2001</u>	10'934	12'066	23'000
<u>Verteilung</u>			
Städtische Versicherte	9'845	10'283	20'128
Angeschlossene Unternehmen	1'087	1'779	2'866
Freiwillig Versicherte	2	4	6



Pensionsberechtigte

Der Bestand der Pensionsberechtigten hat sich im Jahr 2001 auf 14'095 erhöht. Nicht eingeschlossen sind die 789 Alters-, Invaliden- und Entlassenen-Kinderpensionen. Fast die Hälfte der Zugänge betreffen Alterspensionen. Den insgesamt 1'017 Zugängen stehen 665 Abgänge gegenüber. Der Grossteil der Abgänge ist auf Todesfälle zurück zu führen.

Alterspensionierungen

Die 9'294 Alterspensionen machen 65% des gesamten Bestandes der Pensionsberechtigten aus. Im Jahr 2001 wurden 465 Zugänge und 320 Abgänge (Todesfälle) registriert. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zu- sowie Abgänge reduziert. Zu den Alterspensionen werden 150 Alters-Kinderpensionen ausbezahlt.

Die Anzahl der Zu- und Abgänge im Vergleich zur Statistik mit den «Aktiv Versicherten» (Seite 9) weicht gering-

fügig voneinander ab, da ihr unterschiedliche Beobachtungsperioden zugrunde liegen.

Am 31. Dezember 2001 endete die seit Mitte 1988 dauernde «Aktion Frühpensionierung». Dank einem Zuschlag von maximal 12% des Altersguthabens zur Erreichung des Leistungsziels konnten mehr als 1'200 Versicherte im Alter zwischen 60 und 62 frühzeitig in den Ruhestand treten. Die Finanzierung dieser Aktion, die insgesamt ca. CHF 60 Mio. kostete, erfolgte aus den Reserven der Pensionskasse.

Invalidenpensionen

Mit 302 Zugängen erhöht sich der Gesamtbestand der Invalidenpensionen auf 1'549 (1'067 Voll- und 482 Teilinvaliden). Die Zugänge setzen sich aus 239 neuen Pensionen und aus 63 Übertritten von Teil- zu Vollinvaliden oder umgekehrt zusammen. Bei den 159 Abgängen handelt es sich um 18 Todesfälle, 37 Abläufe (befristete Pensionen), 64

Anzahl Pensionen

	Männer		Frauen		Total	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Total	6'407	6'277	7'688	7'466	14'095	13'743
Alterspensionen	5'448	5'379	3'846	3'777	9'294	9'156
Invalidenpensionen	733	683	816	723	1'549	1'406
Ehegattenpensionen	99	88	2'829	2'795	2'928	2'883
Sonstige Hinterlassene	12	5	81	68	93	73
Waisenpensionen	62	67	81	72	143	139
Pensionen aus Entlassungen	53	55	35	31	88	86

Übertritte von Teil- zu Vollinvaliden oder umgekehrt sowie um 36 Übertritte zu Alterspensionen. Es konnten lediglich vier Reaktivierungen durchgeführt werden. Zu den Invalidenpensionen werden 605 Invaliden-Kinderpensionen ausgerichtet.

Differenzen im Vergleich zur Statistik mit den «Aktiv Versicherten» (Seite 9) sind damit begründet, dass die Beobachtungsperiode ungleich ist. Abgänge auf den 31. Dezember 2001 erscheinen als neue Pensionsberechtigte erst auf den 1. Januar 2002. Ausserdem gibt es immer einige Invaliditätsfälle, die im aktiven Bestand bereits als Abgänge registriert, jedoch als Invalidenpensionen noch nicht aufgenommen wurden, da zuerst zeitraubende Abklärungen (z.B. mit andern Sozialversicherungen) getätigt werden müssen.

Hinterlassenenpensionen

3'164 Ehegatten, Waisen und sonstige Bezugsberechtigte (Familienangehörige, Konkubinatspartner) haben Anspruch auf eine Hinterlassenenpension. Den 234 neuen Pensionsberechtigten stehen 165 Abgänge (Todesfälle und Abläufe) gegenüber.

Pensionen aus unverschuldeter Entlassung

Der Bestand der Pensionen aus unverschuldeter Entlassung hat sich kaum verändert. Es wurden 16 Zugänge und 14 Abgänge registriert. Mit dem Inkrafttreten des neuen Personalrechtes werden die unverschuldeten Entlassungen neu geregelt und nicht mehr über die Pensionskasse abgewickelt. Die bestehenden Pensionen werden jedoch weitergeführt.

Sterblichkeit

	Durchschnittlicher Bestand		Todesfälle			
	Männer	Frauen	Männer		Frauen	
			eingetreten	statistisch erwartet	eingetreten	statistisch erwartet

Todesfälle von aktiv Versicherten und Invaliden

Zusammen	11'671	12'555	34	31	8	17
Aktiv Versicherte	10'957	11'784	21	27	3	15
Invalide	714	771	13	4	5	2

Todesfälle von Pensionsberechtigten

Zusammen	5'688	6'893	218	236	241	265
Alterspensionierte*)	5'521	3'861	216	231	101	98
Ehegatten	95	2'879	2	5	135	164
Waisen	64	76	–	–	–	–
Sonstige Angehörige	8	77	–	–	5	3

*) inkl. ehemals Invalide, die das 63. Altersjahr vollendet haben

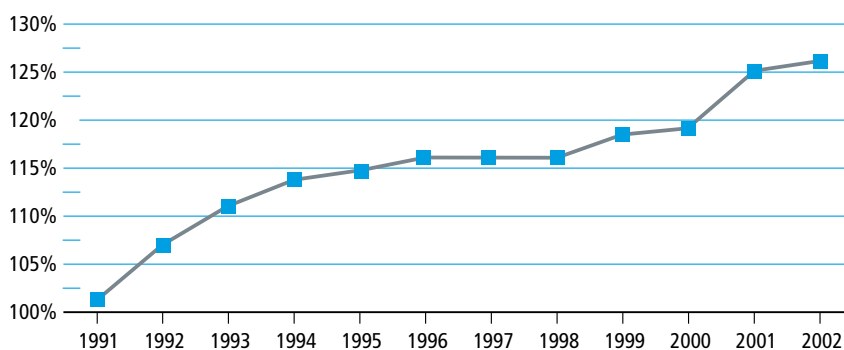


Natur, Körper und Geist verbinden:

Chinagarten beim Zürichhorn

Erhöhung der Pensionen

Auf den 1. Januar 2001 konnten die Pensionen unbefristet um beachtliche 4.7% (Teuerung 1.7%, reale Erhöhung 3%) erhöht werden. Für das kommende Jahr wurde die Anpassung an die Teuerung von 1% beschlossen. Die Erhöhungen seit 1992 stellen sich folgendermassen dar:



Angeschlossene Unternehmen

Die Zahl der angeschlossenen Unternehmen belief sich im Vorjahr auf 132. Zum 1. Januar 2001 konnten folgende Betriebe bzw. Institutionen hinzugezogen werden:

- Kulturama-Stiftung, Museum des Menschen
- Nomad Counsel to Management AG, Unternehmensberatung
- Opferhilfe-Beratungsstelle
- PWG, Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen
- Stiftung Somosa, pädagogisches Heim und psychiatrische, psychotherapeutische Therapiestation
- TOASTER, Monatszeitung für junges Blut.

Mit den Austritten der Baugenossenschaft des Kaufmännischen Verbandes und des Pestalozzianums, der Fusion von Spitex Balgrist, Witikon und Neumünster zu Spitex Vitalis sowie der Schaffung von Spitex Zürich Nord und Spitex Zürich West ergibt sich ein Bestand von nunmehr 136 angeschlossenen Unternehmen (siehe Liste auf Seite 40). Dadurch vergrösserte sich der Versichertenbestand um 177 auf 2'866.

Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

Im Berichtsjahr machten 207 Versicherte (Vorjahr 205) von der Möglichkeit der Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge Gebrauch. Effektiv konnten 150 Auszahlungen (Vorjahr 151) im Gesamtbetrag von CHF 14.3 Mio. (Vorjahr CHF 15.3 Mio.) und 29 Verpfändungen (Vorjahr 34) abgewickelt werden. Die Zahl der Verpfändungen ist – nach anfänglich kontinuierlichem Anstieg – seit 2 Jahren rückläufig.

Es wurden 82 Ersatzversicherungen (Vorjahr 73) abgeschlossen, die den durch den Vorbezug reduzierten Versicherungsschutz bei Invalidität und Tod aufrechterhalten.

Aktion Altersnachzahlung (Einkauf)

Die Information über den Vorsorgeplan 2002 war der Pensionskasse ein zentrales Anliegen. Insbesondere wurden alle Versicherten und Arbeitgeber über die Wichtigkeit eines vollen Einkaufs im Hinblick auf den Grundlagenwechsel unterrichtet. Zur Kompensation der tieferen Beiträge und der reduzierten

Umwandlungssätze beläuft sich die Verzinsung der Altersguthaben im Jahr 2002 auf insgesamt 12.1% (einmalig). Auch in Zukunft kommt dem Zins zur Erreichung des Leistungsziels eine grosse Bedeutung zu.

In einem zweiten Schritt erhielten alle Personen, die im Berichtsjahr eine Vorsorgelücke aufwiesen, eine Offerte für eine Altersnachzahlung. Solche nachträgliche Einkäufe sind grundsätzlich nur bis Alter 57 möglich. Um Personen über 57 Jahre nicht zu benachteiligen, wurde mit einer Ausnahmeregelung auch dieser Gruppe die Möglichkeit geboten, sich einzukaufen.

Die Aktion war ein voller Erfolg: Von den rund 9'000 angeschriebenen Versicherten entschieden sich schliesslich etwa 3'000 für einen vollen oder teilweisen Einkauf. Die Summe der mittels Einmalzahlung erfolgten Einkäufe belief sich im Berichtsjahr auf ca. CHF 15.3 Mio. (Vorjahr CHF 2.1 Mio.). Die Mehrheit der Versicherten bevorzugte jedoch den monatlich wiederkehrenden Mehrbeitrag als Zahlungsform, dessen Umfang insgesamt einem Barwert von weiteren rund CHF 28 Mio. (Vorjahr CHF 3.2 Mio.) entsprach.





Ästhetische Formen für nützliche Verbindungen:

Der Bahnhof Stadelhofen des Architekten Santiago Calatrava

Vermögensanlagen

Anlagetätigkeit

Die Anlagekommission überprüfte in der ersten Hälfte des Berichtsjahres die Effizienz und Kosten der Wertschriftenverwaltung. Anlass dazu gaben unter anderem Änderungen in der Zusammensetzung weltweiter Börsenindizes und die Unterstellung der schweizerischen Pensionskassen unter die eidgenössische Stempelsteuer. Die Anlagekommission traf in der Folge namentlich folgende Massnahmen:

- Eine Reihe aktiv verwalteter Mandate wurde aufgelöst und in passiv verwaltete Mandate überführt, darunter alle verwalteten Obligationenmandate. «Aktive Mandate» sollen eine Rendite erzielen, die über der Börsenentwicklung des betreffenden Anlagesegments liegt. Das Erreichen dieses Ziels hängt von Marktverhältnissen, der Qualität der Manager und von den Kosten der Mandatsführung ab. Eine von der Anlagekommission in Auftrag gegebene Untersuchung hatte gezeigt, dass mit den aktiven Obligationenmandaten keine realistische Chance bestand, die Indexrendite zu erreichen, geschweige denn zu übertreffen. Dies ist zu einem nicht unerheblichen Teil darin begrün-

det, dass alle Wertschriftenkäufe und -verkäufe mit der Stempelsteuer belastet werden.

- Die regionale Feinaufteilung der Auslandaktien (vgl. Tabelle, Seite 15) wurde weitgehend der Marktkapitalisierung angepasst. Unterschiedliche Entwicklungen der regionalen Märkte lösen damit künftig keinen Umschichtungsbedarf mehr aus.

- Die passiven Mandate wurden den neuen Indizes nicht erst bei ihrem Inkrafttreten angepasst, sondern sobald sie in ihren Grundzügen bekannt waren. Dank dieser Massnahme wurde mit den passiv verwalteten europäischen Aktien eine Rendite erzielt, die rund ein halbes Prozent über der Indexrendite lag.

Im April des Berichtsjahres verabschiedete die Anlagekommission einen neuen «Standardvertrag» für die Wertschriftenmandate. Dieser bildet eine einheitliche rechtliche Grundlage für alle von der Pensionskasse der Stadt Zürich abgeschlossenen Vermögensverwaltungs-Mandate. Er entspricht heute erstklassigen internationalen Standards.

Mandate und Beteiligungen Ende 2001

Aktive Manager können zu weniger als 100% in ihrer Anlagekategorie investiert sein. Die Aufteilung auf die Anlagekategorien kann deshalb von den effektiven Anlagen gemäss der Tabelle auf Seite 33 abweichen

	aktiv verwaltet		passiv verwaltet		Total	
	Anzahl	Mio. CHF	Anzahl	Mio. CHF	Anzahl	Mio. CHF
Festverzinsliche CHF	–	–	4	2'898.0	4	2'898.0
Obligationen CHF	–	–	3	2'839.3	3	2'839.3
Kapitalversicherung	–	–	1	58.7	1	58.7
Fremdwährungsobligationen ¹⁾	–	–	2	1'056.3	2	1'056.3
EURO	–	–	1	336.2	1	336.2
Welt (65% abgesichert in CHF)	–	–	1	720.1	1	720.1
Aktien Schweiz	6	659.9	3	1'058.9	9	1'718.8
Grosse Gesellschaften	3	513.4	1	894.6	4	1'408.0
Kleine und mittlere Gesellschaften	1	117.2	2	164.3	3	281.5
Ethische Anlagen	2	29.3	–	–	2	29.3
Aktien Ausland	6	469.1	4	1'707.3	10	2'176.4
Europa	–	–	1	604.2	1	604.2
Nordamerika	2	236.4	1	965.0	3	1'201.4
Japan	1	52.5	1	90.8	2	143.3
Pazifischer Raum	1	58.0	–	–	1	58.0
Emerging Markets	2	122.2	–	–	2	122.2
Ethische Anlagen	–	–	1	47.3	1	47.3
Total Wertschriftenanlagen	12	1'129.0	13	6'720.5	25	7'849.5
Immobilien ²⁾	13	535.6	–	–	13	535.6
Inland	8	296.7	–	–	8	296.7
Ausland	5	238.9	–	–	5	238.9
Nicht-traditionelle Anlagen	29	547.9	1	220.3	30	768.2
Private Equities	23	241.7	–	–	23	241.7
Commodities	–	–	1	220.3	1	220.3
Hedge Funds	6	306.2	–	–	6	306.2
Total nicht-traditionelle Anlagen	42	1'083.5	1	220.3	43	1'303.8
Total Mandate und Beteiligungen	54	2'212.5	14	6'940.8	68	9'153.3
Sonstige Anlagen (u.a. Währungsabsicherung, Anlagen bei der Stadt, Hypotheken)						1'828.7
Total Anlagevermögen³⁾						10'982.0

¹⁾ Das Währungsrisiko des Mandats «Obligationen Welt» ist zu 65% abgesichert. Der entsprechende Anteil von CHF 468.1 Mio. zählt deshalb anlagestrategisch zu den Nominalwerten in Schweizer Franken.

²⁾ Die Immobilienanlagen umfassen vier Immobilienfondsmandate und neun Immobilienbeteiligungen.

³⁾ Das Gesamtvermögen gemäss Rechnung auf Seite 26 umfasst zusätzlich Debitoren, Rückerstattungsforderungen und aktive Rechnungsabgrenzungen.

Performance des Vermögens

Unter Performance wird im Folgenden die Gesamrendite verstanden. Diese setzt sich aus Direkterträgen (Dividenden und Zinsen) sowie aus Wertveränderungen (einschliesslich Umrechnung von Fremdwährungsanlagen in Schweizer Franken) zusammen.

Die Benchmark-Performance (Vergleichsmassstab) wird wie folgt berechnet: Für jede Anlagekategorie, die in der strategischen Allokation enthalten ist, wird ein repräsentativer Börsenindex bestimmt. Die Entwicklung von jedem Index wird entsprechend dem prozentualen Anteil, den die betreffende Anlagekategorie in der strategischen Allokation einnimmt, gewichtet. Die so erhaltenen gewichteten Indexzahlen werden zusammengezählt.

Das Anlagejahr 2001 war – vor allem aufgrund des 3. Quartals – durch Kursstürze der Aktienbörsen geprägt. Die Tabelle (Seite 17) zeigt die Performance der wichtigsten Wertschriftenmärkte.

Die Pensionskasse der Stadt Zürich konnte sich der negativen Entwicklung der Aktienmärkte nicht entziehen. Die Jahresperformance schloss bei –5.4% (Vorjahr 4.0%). Sie lag damit um 0.1% unter der theoretischen Vorgabepformance (sogenannte Benchmark-Performance) von –5.3%. Auch der Pictet BVG-40-Index (Aktienanteil 40%) wurde unterschritten, was auf den im Vergleich zum Index höheren Anteil Schweizer Aktien zurück zu führen war.

Performance der Märkte

Anlagekategorien	Name des Börsenindex	Performance 2001 in %	Performance 2000 in %
Nominalwertanlagen			
Geldmarkt CHF (3 Monate Inland)	Salomon Smith Barney	3.1	2.9
Obligationen CHF	SWX / Pictet	3.9	3.9
Obligationen Fremdwährungen (FW)	J.P. Morgan / Lehman	1.6	3.6
Sachwertanlagen			
Aktien Schweiz	SPI	-22.0	11.9
Aktien Ausland	MSCI / FTSE	-15.4	-12.1
Immobilienfonds Schweiz	Lipper (Bopp)	6.0	-3.4
Commodities	GSCI	-30.3	51.6
Diverse Indizes			
BVG-Index 1993	Pictet	-2.3	3.1
BVG-Index mit Aktienanteil 40%	Pictet	-4.6	0.5
Inflation	KPI	0.3	1.5



Performance des Kassenvermögens

	Gewicht Ende 2001 in % 2001	Performance Pensionskasse in %		Performance Benchmark in %		Mehrperformance (PK – BM) in %	
		2001	2001 2000	2001 2000	2001 2000	2001 2000	
Gesamtvermögen	100.0	-5.4	4.0	-5.3	3.0	-0.1	1.0
<u>Anlagekategorien</u>							
Kontokorrent, Annuitäten, Hypotheken	16.6	4.0	4.0	3.1	2.9	0.9	1.1
Übrige CHF-Nominalwertanlagen	30.7	3.0	4.2	3.9	3.9	-0.9	0.3
FW-Nominalwertanlagen	6.1	3.2	2.2	1.6	3.6	1.6	-1.4
Aktien Schweiz	15.7	-22.1	11.7	-22.0	11.9	-0.1	-0.2
Aktien Ausland	19.8	-11.6	-10.7	-15.4	-12.1	3.9	1.4
Immobilien	4.9	1.6	3.7	6.0	-3.4	-4.4	7.1
Private Equities	1.4	-	-	-	-	-	-
Commodities	2.0	-30.2	54.2	-30.3	51.6	0.1	2.6
Hedge Funds	2.8	7.8	-	10.0	-	-2.2	-

Die tiefste Performance verzeichnete die Anlagekategorie der Commodities (Rohstoffe) mit –30.2%. In den Jahren 1999 und 2000 hatten die Commodities mit 54.2% und 63.8% die höchsten Renditen erzielt. Dies hatte dazu geführt, dass ihr Wert den strategisch vorgesehenen Anteil von 2.5% am Gesamtvermögen deutlich überschritt, weshalb in den Jahren 2000 und 2001 Verkäufe von insgesamt CHF 180 Mio. vorgenommen wurden.

Für die Commodities traf im Berichtsjahr die Erwartung nicht zu, dass sie sich gegenläufig zu den Aktien entwickeln. Die Hedge Funds erbrachten dagegen den erwarteten Diversifikationseffekt. Mit 7.8% erzielten sie die beste Performance aller Anlagekategorien. Die Hedge Funds werden in US-Dollar bewertet, wobei das Risiko von Kursschwankungen des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken abgesichert wird. Ohne diese Absicherung hätte die Performance der Hedge Funds im Berichtsjahr sogar 10.6% erreicht.

Bei den Immobilienanlagen wurde die Benchmark-Performance um 4.4 Prozentpunkte verfehlt (Vorjahr: Überschreitung um 7.1%). Dies ist vor allem auf die negative Performance der europäischen Immobilienaktien zurück zu führen (–5.8%; Benchmark –2.3%). Einen positiven Performancebeitrag leisteten dagegen die amerikanischen Immobilienaktien mit einer Performance von 14% (0.8% über dem Benchmark) und ein schweizerisches Immobilienfonds-Mandat mit 7.1% (1.1% über dem Benchmark).

Noch keine Performancezahlen können bei den Investitionen in nicht-börsenkotierte Gesellschaften (Private Equities) ausgewiesen werden. Die Pensionskasse beteiligt sich in diesem Bereich an Fonds, welche erst dann Gelder investieren, wenn sich ihnen geeignete Anlagemöglichkeiten eröffnen.

Ende 2001 wurden 12 Aktienmandate und vier Immobilienaktien- bzw. Immobilienfonds-Mandate aktiv verwaltet. Von diesen übertrafen im Berichtsjahr neun die Index-Performance und sieben unterschritten sie. Gesamthaft erzielten diese Mandate eine Überperformance von 0.06%.

Seit 1993 liegt die jährliche Rendite auf dem Gesamtvermögen bei 8.5%. Diese Zahl gibt die «annualisierte» Rendite an, d.h. den Prozentsatz, um den sich das Vermögen seit 1993 durchschnittlich von Jahr zu Jahr vergrössert hat (wobei die versicherungstechnischen Vermögensveränderungen nicht berücksichtigt sind). Diese Rendite ist somit um 2.4% höher als die langjährig erwartete Durchschnittsrendite von 6.1%.



Alltägliche Gefahren sicher meistern:

Verkehrsunterricht an der Baslerstrasse in Zürich-Altstetten

Neue Anlagestrategie ab 2002

Die Anlagekommission bereitete im Berichtsjahr ein neues Anlagekonzept vor, welches von der Kassenkommission am 8. Januar 2002 genehmigt wurde. Das neue Konzept besteht aus den Teilen «Anlagestrategie 2002» und «Anlageorganisation 2002».

Es ersetzt die bisherigen, zwischen 1994 und 1998 beschlossenen Anlagekonzepte der Kassenkommission.

Gemäss «Anlagestrategie 2002» wird das Vermögen wie folgt strategisch aufgeteilt («Zielallokation»):

Strategische Vermögensaufteilung («Zielallokation»)

	höchstzulässige Unterschreitung in %	Anlagestrategie 2002 in %	höchstzulässige Überschreitung in %
Nominalwertanlagen	-7.5%	37.5	
CHF-Nominalwerte	-5.0%	25.0	+10.0
FW-Nominalwerte	-7.5%	12.5*	+7.5
<u>Sachwertanlagen</u>	-10.0%	62.5	+7.5
Immobilien	-5.0%	10.0*	+5.0
Aktien	-7.5%	45.0	+5.0
Aktien Schweiz		8.0	
Aktien Ausland		32.0*	
Private Equities		5.0	
Commodities	-1.5%	2.5*	+1.5
Hedge Funds	-2.0%	5.0*	+3.0
Total		100	

*Soweit diese Anlagekategorien in US-Dollars, Japanischen Yen oder Britischen Pfund angelegt werden, wird das entsprechende Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken abgesichert, und zwar bei FW-Nominalwertanlagen, Immobilien und Hedge Funds zu 100%, bei Aktien und Commodities zu 50%.

Von der neuen Anlagestrategie wird im langjährigen Durchschnitt eine Jahresrendite von 6.1% erwartet. Dies entspricht der Zielrendite des «Vorsorgeplans 2002»: Bei einer durchschnittlichen jährlichen Teuerungsrate von 2% können damit das Leistungsziel für die aktiv Versicherten und die Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung finanziert werden.

Obwohl die neue Strategie einen höheren Aktienanteil aufweist als die 1998 festgelegte Strategie (45% gegenüber 40%), ist sie nicht risikoreicher. Die erwartete jährliche Renditeschwankung des Gesamtvermögens bleibt unverändert bei 8.2%. Dies ist einerseits auf eine optimalere Diversifikation und andererseits darauf zurückzuführen, dass das Fremdwährungsrisiko künftig zu einem erheblichen Teil abgesichert wird. Deutlich reduziert wird mit der neuen Anlagestrategie der schweizerische Aktienanteil. Der Grund dafür liegt darin, dass Aktien der grössten schweizerischen Unternehmen bisher ein Übergewicht am Gesamtvermögen aufwiesen, was mit dem Ziel einer ausgewogenen Vermögensverteilung (Diversifikation) unvereinbar ist.

Im Konzeptteil «Anlagestrategie 2002» wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Pensionskasse der Stadt Zürich Investitionsansätze mitberücksichtigt, die neben ökonomischen Kriterien auch das soziale und ökologische Umfeld einbeziehen («Sustainable bzw. Socially Responsible Investments», abgekürzt «SRI»). Konkret vorgesehen ist, dass wie bisher auch Aktienmandate vergeben werden, die gemäss einem «SRI-Ansatz» bewirtschaftet werden. Zusätzlich sollen künftig neue Wertschriftenmanager im Offertverfahren auch darüber befragt werden, wie sie ökologische und soziale Auswahlkriterien berücksichtigen. Für Aktieninvestitionen in Schwellenländern wird geprüft, ob eine Liste von Unternehmen oder Ländern geschaffen werden kann, in die aus sozialen oder ökologischen Gründen nicht investiert werden darf.





Der kleine Schritt zum festen Boden:



Schiffsteg am Bürkliplatz

Jahresergebnis und Deckungsgrad

Das ausgewiesene aktuarische Jahresergebnis beläuft sich auf CHF –894.3 Mio. (Vorjahr –30.1 Mio.). Der Jahresverlust ist hauptsächlich auf die tiefe Performance (–5.4%; Vorjahr 4.0%) zurück zu führen, welche weit stärker als im Vorjahr unter dem technisch benötigten Wert von 4.5% liegt.

Die Deckung des Jahresverlustes sowie die Bildung und Verwendung von Reserven werden in der Jahresrechnung dargestellt und im Anhang der Jahresrechnung (Abschnitt 2.2) kommentiert.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse, d.h. das Verhältnis des tatsächlich vorhandenen Vermögens (CHF 10.999 Mrd.) zum Deckungskapital (CHF 7.927 Mrd.), stellt sich auf 138.3% (Vorjahr 148.7%). Die Überdeckung von 38.3% setzt sich zusammen aus der Bewertungsreserve (24.9%) und den technischen Reserven für aktiv Versicherte und Pensionsberechtigte (13.4%).

Jahr	Jahresergebnis Mio. CHF	Deckungsgrad in %
1991	179.1	110.5
1992	217.6	113.7
1993	924.3	123.7
1994	–410.1	116.9
1995	360.1	121.4
1996	796.8	131.3
1997	1'160.4	146.7
1998	410.0	150.4
1999	320.4	149.8
2000	–30.1	148.7
2001	–894.3	138.3

Jahresrechnung

Betriebsrechnung

Aufwand

	2001 CHF	2000 CHF
<u>Pensionen</u>		
Alterspensionen	298'245'074	277'995'603
Invalidenpensionen	34'070'505	28'326'531
Invalidezuschüsse	4'683'485	4'202'835
Ehegattenpensionen	66'609'981	61'950'779
Waisenpensionen	1'019'412	871'734
Pensionen an sonstige Angehörige	128'724	101'419
Pensionen aus unverschuldeten Entlassungen	2'743'368	2'572'987
Überbrückungszuschüsse bei fehlender AHV-Rente	22'261'669	22'434'552
	429'762'218	398'456'440
Kapitalabfindungen im Versicherungsfall	138'149	316'241
<u>Freizügigkeitsleistungen</u>		
Barauszahlungen an Versicherte	16'040'955	11'853'600
Überweisung an Vorsorgeeinrichtungen	237'653'034	200'348'401
Überweisung an Auffangeinrichtung	4'024'878	3'046'069
Vorbezug für Wohneigentumsförderung	14'295'834	15'265'256
	272'014'701	230'513'326
<u>Erhöhung des Deckungskapitals</u>		
Aktiv Versicherte	–	424'616
Pensionsberechtigte	–	123'446'082
	–	123'870'698
<u>Kapitalaufwand</u>		
Wertverminderung auf Kapitalanlagen	950'433'720	–
<u>Verwaltungs- und übriger Aufwand</u>		
Vermögensverwaltungsaufwand	15'154'308	16'607'967
Verwaltungsaufwand	9'462'728	7'130'355
Ärztliche Untersuchungen (Invalidität)	55'452	53'308
Beitrag an Sicherheitsfonds	2'409'756	2'459'832
Abschreibungen auf Forderungen	3'085'127	7'472
	30'167'371	26'258'934
	1'682'516'159	779'415'639

Ertrag

	2001 CHF	2000 CHF
<u>Beiträge der Stadt Zürich</u>		
Sparbeiträge	49'576'621	47'318'729
Risikobeiträge	31'783'537	7'683'885
Altersnachzahlungen	2'831'079	3'168'597
Einkauf Leistungsverbesserungen	–	25'627
Teilfinanzierung Überbrückungszuschüsse	11'934'400	12'505'888
Einmalbeiträge unverschuldete Entlassungen	3'986'839	2'065'675
	100'112'476	72'768'401
<u>Beiträge der städtischen Versicherten</u>		
Sparbeiträge	34'722'180	33'302'247
Risikobeiträge	40'293	37'632
Altersnachzahlungen	15'822'395	4'487'165
Freizügigkeitseinlagen	122'632'846	113'183'159
Rückzahlung Vorbezüge Wohneigentumsförderung	1'036'686	–
Einkauf Leistungsverbesserungen	1'017'128	203'843
	175'271'528	151'214'046
<u>Beiträge der angeschlossenen Unternehmen</u>		
Sparbeiträge	11'570'648	10'532'191
Risikobeiträge	1'039'193	949'003
Altersnachzahlungen	4'026'462	1'013'667
Freizügigkeitseinlagen	33'738'407	24'891'075
Einkauf Rentenerhöhungen	10'526'254	229'957
Teilfinanzierung Überbrückungszuschüsse	1'392'945	820'742
Verwaltungskostenbeiträge	334'170	305'728
	62'628'079	38'742'363
<u>Kapitalerträge</u>		
Direkterträge	322'385'417	343'905'267
Wertvermehrung	–	136'244'712
	322'385'417	480'149'979
<u>Reduktion des Deckungskapitals</u>		
Aktiv Versicherte	97'744'210	–
Pensionsberechtigte	22'859'854	–
	120'604'064	–
<u>Übriger Ertrag</u>		
Kollektivüberweisungen aus Teilliquidation	–	1'562'397
Einnahmen Kürzungen Versicherungsleistungen	3'645'158	3'053'375
Rückerstattung von bevorschussten Leistungen	2'051'980	1'390'505
Rückerstattung von abgeschriebenem Forderungen	20'440	4'200
Rückerstattung von Kassenleistungen	1'475'180	415'755
Besondere Verwaltungskostenbeiträge	51'530	55'700
	7'244'288	6'481'932
<u>Jahresergebnis</u>	894'270'307	30'058'918
	1'682'516'159	779'415'639

Veränderungen

	2001 CHF	2000 CHF
Bewertungsreserve	-39'390'390	28'490'261
Technische Reserve für aktiv Versicherte	461'834	63'692
Technische Reserve für Pensionsberechtigte	-146'918'144	18'516'912
Freie Reserve	-708'423'607	-77'129'783
Aktuarisches Jahresergebnis	<u>-894'270'307</u>	<u>-30'058'918</u>

Bilanz am 31. Dezember

	2001 CHF	2000 CHF
Aktiven		
Debitoren	1'788'358	1'436'413
Debitoren Verrechnungssteuer	14'179'025	19'923'661
Rückerstattungsforderungen an Dritte	1'167'449	817'492
Aktive Rechnungsabgrenzungen	177'305	1'009'861
Wertschriften	9'153'880'947	10'101'347'272
Kontokorrent-Guthaben bei der Stadt Zürich	176'670'471	195'335'598
Annuitäten-Guthaben bei der Stadt Zürich	860'617'290	892'884'899
Hypothekendarlehen	790'774'474	795'151'010
	<u>10'999'255'319</u>	<u>12'007'906'206</u>
Passiven		
Fremdkapital		
Kreditoren	-	-
Freizügigkeitseinlagen (Durchlaufkonto)	2'805'731	3'157'126
Passive Rechnungsabgrenzungen	35'865'948	29'291'070
	<u>38'671'679</u>	<u>32'448'196</u>
Vorsorgekapital		
Deckungskapital für aktiv Versicherte	3'258'554'153	3'356'298'363
Deckungskapital für Pensionsberechtigte	4'668'185'554	4'691'045'408
Technische Reserve für aktiv Versicherte	503'906'589	503'444'754
Technische Reserve für Pensionsberechtigte	556'738'667	703'656'811
	<u>8'987'384'963</u>	<u>9'254'445'336</u>
Rückstellungen und Bewertungsreserve		
Rückstellung für Wertberichtigung Hypothekendarlehen	-	11'700'000
Freie Reserve	-	708'423'607
Bewertungsreserve	1'973'198'677	2'000'889'067
	<u>1'973'198'677</u>	<u>2'721'012'674</u>
	<u>10'999'255'319</u>	<u>12'007'906'206</u>

1 Allgemeine Angaben zur Pensionskasse

1.1 Rechtsgrundlagen und Rechtsform

Die Pensionskasse basiert auf Art. 118 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich sowie den vom Gemeinderat (Stadtparlament) erlassenen Statuten vom 22. Dezember 1993 (mit seitherigen Änderungen) und der vom Stadtrat erlassenen Vollziehungsverordnung für die Versicherungskasse vom 16. November 1994 (mit seitherigen Änderungen).

Die Pensionskasse ist rechtlich eine unselbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich. Sie hat den Zweck, die Arbeitnehmenden der Stadt Zürich und der angeschlossenen Unternehmen sowie die vollamtlichen Behördemitglieder gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Alter, Invalidität und Tod zu versichern. Sie beteiligt sich am Vollzug von Bestimmungen der Arbeitgeber über den Schutz der Arbeitnehmenden bei unverschuldeter Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Die Pensionskasse ist eine registrierte Vorsorgeeinrichtung gemäss Bundesrecht (Register-Nr. ZH.0007). Sie charakterisiert sich als umhüllende Beitragsprimatkasse nach dem System des BVG. Arbeitgeber und Versicherte entrichten Sparbeiträge, die vollumfänglich in die Altersguthaben der Versicherten einfließen; die Risikobeiträge der städtischen Vollversicherten gehen zu Lasten des Arbeitgebers.

Dieser ist an der Finanzierung gesamthaft überparitätisch beteiligt. Die Statuten sehen keine Abweichung von den Bestimmungen des BVG über die volle Finanzierung der Verpflichtungen und die Bilanzierung in geschlossener Kasse vor.

1.2 Kassengremien

Die Besetzung der Kassengremien und der technische Experte gemäss BVG sind im Geschäftsbericht aufgeführt (Seiten 38–39).

1.3 Grundsätze der Rechnungslegung

Die Pensionskasse ist technisch autonom und führt eine eigene Rechnung. Ihre Rechnungslegung besteht aus einer stadtinternen Jahresrechnung und der vorliegenden, den bundesrechtlichen Anforderungen entsprechenden Jahresrechnung mit Anhang.

1.4 Bestandesentwicklung

Die Bestandesentwicklung der aktiv Versicherten und Pensionsberechtigten sowie die Anzahl der angeschlossenen Unternehmen können dem Geschäftsbericht entnommen werden (Seite 9 bis 12).

1.5 Sonstige Angaben

Im Rahmen einer generellen Regelung des kantonalen Amtes für Gemeinden und berufliche Vorsorge (Aufsichtsbehörde) gelten sämtliche Auflösungen von Anschlussverträgen mit angeschlossenen Unternehmen sowie Austritte von geschlossenen Personalgruppen der Stadt als Teilliquidationen. Zweifelsfälle sind der Aufsichtsbehörde zum Entscheid vorzulegen. Der Austritt der Rheumaklinik Leukerbad (angeschlossenes Unternehmen) auf Ende des Berichtsjahres wird als Teilliquidation abgewickelt.

Die freien Mittel im Sinne des FZG entsprechen der technischen Reserve der aktiv Versicherten und belaufen sich somit gemäss Abschnitt 2.2 dieses Anhangs auf 15.5% des entsprechenden Deckungskapitals.

2 Angaben zur Bilanz

2.1 Allgemeines

Die Guthaben bei der Stadt Zürich und die Hypotheken sind zum Nominalwert, die übrigen Anlagen zum Marktwert ermittelt. Anlagen in Fremdwährungen sind zu Tageskursen am Bilanzstichtag umgerechnet.

2.2 Angaben zu einzelnen Bilanzpositionen

Der Jahresverlust beläuft sich auf CHF 894.3 Mio. Um den Jahresverlust zu decken, sind die freie Reserve in Höhe von CHF 708.4 Mio. vollständig aufzulösen und die Bewertungsreserve um CHF 39.4 Mio. zu reduzieren.

Bewertungsreserve

	2001	
	Mio. CHF	in %
Wertberichtigungen Hypotheken	11.7	0.2
Absicherung illiquider Anlagen	150.0	1.9
Zinsdifferenzreserve	407.0	5.1
Übriger Anteil	1'404.5	17.7
Total	1'973.2	24.9

Die Bewertungsreserve, bisher Ausgleichsreserve genannt, dient dem Ausgleich von Wertschwankungen des Anlagevermögens. Sie ist durch die BVV2 zwingend vorgeschrieben, soweit der Kurswert der Obligationen deren Nominalwert übersteigt (Ende Berichtsjahr CHF 94.4 Mio.). Gemäss Anlagekonzept 2002 soll sie sich, unter Berücksichtigung der Höhe der technischen Reserven, auf 20–25% des Deckungskapitals stellen. Die bisher in der Bilanz separat ausgewiesene Rückstellung für Wertberichtigung der Hypothekendarlehen in Höhe von CHF 11.7 Mio. wird aufgelöst und erfolgsneutral in die Bewertungsreserve übergeführt. Ebenfalls in die Bewertungsreserve transferiert wird die bisher im Deckungskapital der Pensionsberechtigten enthaltene Zinsdifferenzreserve in Höhe von CHF 407 Mio. Falls das Deckungskapital der Pensionsberechtigten mit einem Zinsfuss von weniger als 4% berechnet werden müsste, könnte diese Reserve verwendet werden, um die entsprechende Verstärkung des Deckungskapitals zu finanzieren. Unverändert beibehalten wird die in der Bewertungsreserve enthaltene Rückstellung zur Absicherung illiquider Anlagen in Höhe von CHF 150 Mio. Diese Vorgänge haben insgesamt dazu geführt, dass per Saldo die Bewertungsreserve nur um CHF 39.4 Mio. zu reduzieren war. Sie stellt sich neu auf CHF 1'973.2 Mio. bzw. 24.9% des Deckungskapitals.

Die technischen Reserven dienen der Erhaltung und Verbesserung des Leistungsziels der aktiv Versicherten und Pensionsberechtigten. Die Zuweisung von Jahresgewinnen an die technischen Reserven der beiden genannten Mitgliederkategorien soll anteilmässig gemäss der Höhe des jeweiligen Deckungskapitals erfolgen. Neu wird die Langlebighkeitsreserve nicht mehr im Deckungskapital, sondern als Teil der technischen Reserve geführt. Die Langlebighkeitsreserve wird für jedes seit anfangs 2000 verstrichene Jahr um 0.5% erhöht.

Technische Reserve für aktiv Versicherte

	2001	
	Mio. CHF	in %
Langlebighkeitsreserve	32.6	1.0
Erhaltung/Verbesserung Leistungsziel	471.3	14.5
Total	503.9	15.5

Der technischen Reserve für aktiv Versicherte sind CHF 16'815'136 zu entnehmen, um die im Jahr 2001 angefallenen Kosten der Aktion Frühpensionierung zu finanzieren, und weitere CHF 15'308'572, um die nicht durch die Risikobeiträge gedeckten Kosten für Todes- und Invaliditätsfälle abzudecken. Schliesslich ist sie zur Finanzierung der Langlebighkeit um 1% des Deckungskapitals bzw. um CHF 32'585'542 zu erhöhen. Insgesamt steigt damit die Reserve um CHF 461'834 und stellt sich neu auf CHF 503.9 Mio. bzw. 15.5% des betreffenden Deckungskapitals. Davon sind rund CHF 97.8 Mio. bzw. 3% als bereits ausgegeben zu betrachten, um zu Lasten der Rechnung 2002 den Wechsel auf den Vorsorgeplan 2002 zu finanzieren.

Technische Reserve für Pensionsberechtigte

	2001	
	Mio. CHF	in %
Langlebigkeitsreserve	46.7	1.0
Erhaltung/Verbesserung Leistungsziel	510.0	10.9
Total	556.7	11.9

Der technischen Reserve für Pensionsberechtigte sind CHF 193.6 Mio. zu entnehmen, um 4.7% Rentenerhöhung auf den 1. Januar 2001 zu finanzieren. Im Weiteren ist sie zur Berücksichtigung der Langlebigkeit um 1% des Deckungskapitals bzw. um CHF 46'681'856 zu erhöhen. Insgesamt reduziert sich die Reserve um CHF 146.9 Mio. und stellt sich neu auf CHF 556.7 Mio. bzw. 11.9% des betreffenden Deckungskapitals. Davon sind CHF 47.9 Mio. bzw. 1% als bereits ausgegeben zu betrachten, um den Teuerungsausgleich von 1% auf den 1. Januar 2002 zu finanzieren.

Beide technische Reserven stellen sich zusammen auf CHF 1'060.6 Mio. bzw. 13.4% des gesamten Deckungskapitals.

2.3 Deckungskapital

Das Deckungskapital wird jährlich durch den Kassenmathematiker ermittelt und alle drei Jahre durch den anerkannten Experten für berufliche Vorsorge nachkontrolliert. Die letzte Überprüfung fand auf den 31. Dezember 2000 statt (Gutachten vom 4. Dezember 2001).

Das Deckungskapital wird im Berichtsjahr erstmals nach den technischen Grundlagen VZ 2000 zu einem technischen Zinsfuss von 4% berechnet und belief sich am Ende des Berichtsjahres auf CHF 7.9 Mrd. (Vorjahr CHF 8 Mrd.). Darin enthalten sind die Zusatzguthaben einzelner Versicherter.

Die bisher im Deckungskapital eingebauten Zeitverschiebungszuschläge werden neu unter der Bezeichnung Langlebigkeitsreserve als Teil der technischen Reserve geführt. Ferner wird die bisher im Deckungskapital der Pensionsberechtigten enthaltene Zinsdifferenzreserve von CHF 407 Mio. neu als Bestandteil der Bewertungsreserve geführt. Diese beiden Vorgänge haben zur Folge, dass sich das in der Bilanz ausgewiesene Deckungskapital gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert hat.

3 Angaben zur Betriebsrechnung

Vollständigkeit des Versichertenkreises und Korrektheit der gemeldeten Löhne sind durch verschiedene Kontrollmassnahmen sichergestellt. Von den angeschlossenen Unternehmen werden periodisch die AHV-Lohnmeldungen eingefordert und mit den der Pensionskasse vorliegenden Daten verglichen.

Beim städtischen Personal werden die zu versichernden Personen und die Beitragsabrechnungen auf elektronischem Weg an die Pensionskasse gemeldet. Für die korrekte Datenübermittlung ist gemäss Vollziehungsverordnung das städtische Personalamt verantwortlich.

Wie im Kapitel «Rückblick und Ausblick» des Geschäftsberichtes erwähnt (Seite 4 bis 5), hat die Stadt Zürich auf das Konto «Risikobeiträge der Stadt» Ende Jahr zusätzliche CHF 23.7 Mio. überwiesen.

4 Angaben zu den Vermögensanlagen

4.1 Allgemeines

4.1.1 Grundsätze und Organisation

Die Kassenkommission als oberstes Kassenorgan für die Vermögensanlagen hat die Grundzüge der Anlagestrategie und -organisation in einer Anlageverordnung vom 12. Dezember 1997 und einem Anlagekonzept vom April 1994/30. März 1998 niedergelegt (Einzelheiten vgl. Geschäftsbericht 1994, Seite 26 ff und Geschäftsbericht 1998, Seite 19). Dieses Anlagekonzept wurde am 8. Januar 2002 aufgehoben und durch ein neues Konzept ersetzt (vgl. Kapitel «Neue Anlagestrategie ab 2002», Seite 20).

Die Erfüllung der statutarischen Verpflichtungen erfordert im Durchschnitt eine Minimalrendite des Vermögens von 4.5% (bis 2001: 4.8%). Mittels darüber hinausgehender Renditen sollen Reserven mit den in Kapitel 2.2 angegebenen Zweckbestimmungen geäuft werden.

Das Anlagekonzept legt die prozentuale Aufteilung des Vermögens auf Anlagekategorien fest («Strategische Allokation», vgl. Spalte «Zielallokation» der Tabelle auf Seite 33). Die strategische Allokation basiert auf der von der Kassenkommission vorgegebenen Risikotoleranz.

Für die Umsetzung der Anlageverordnung und des Anlagekonzeptes ist eine von der Kassenkommission gewählte Anlagekommission verantwortlich (vgl. Organigramm auf Seite 39 des Geschäftsberichtes 1996). Wertschriftenanlagen erfolgen ausschliesslich indirekt über Banken oder andere spezialisierte Institutionen (Grundsatz der externen Verwaltung). Die Depothaltung der Wertschriften ist einer Bank übertragen (Global Custodian), die als Zentralstelle weitere operative und beratende Aufgaben erfüllt.

4.1.2 Bericht zu Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten gemäss Art. 59 BVV2

Im Rahmen der nicht-traditionellen Anlagen nimmt die Pensionskasse Investitionen in Commodities, in nicht-börsennotierte in- und ausländische Aktien sowie in Hedge Funds vor. Diese Anlagen stützen sich auf das von der Kassenkommission 1998 erlassene und 2002 neu gefasste Anlagekonzept ab. Es weist namentlich nach, dass die nicht-traditionellen Anlagekategorien das Anlagerisiko des Kassenvermögens in schwierigen Marktphasen vermindern und damit die Anlagesicherheit insgesamt verbessern.

Investitionen in Private Equities erfolgen über Institutionen, die Gewähr für ein breit diversifiziertes und professionell ausgewähltes Portfolio bieten. Die Anlagen in Commodities wurden über ein im Wesentlichen indexiertes Mandat zur Nachbildung von Börsenindizes getätigt. Die Hedge Funds-Anlagen verteilen sich auf sechs Fonds, die in insgesamt rund 90 Hedge Funds investieren und fünf verschiedene Strategien abdecken.

Anlagestrategisch sind die nicht-traditionellen Anlagekategorien dadurch begründet, dass ihre Renditen nur in beschränktem Mass parallel zu den Aktien- und Obligationenmärkten verlaufen, wodurch das Schwankungsrisiko des Gesamtvermögens gesenkt wird.

Der Fremdwährungsanteil Ende Jahr lag mit 27.6% (Vorjahr 28.8%) leicht unter der Limite von 30%. Dies ist auf die Absicherungsstrategie gegenüber dem USD (Currency Overlay Hedge) zurück zu führen.

4.2 Stand der Anlagen

4.2.1 Zusammensetzung nach Anlagekategorien

	Werte ohne Optionen				Werte inkl. Optionen		Zielallokation in % ²⁾	Max. Limite BVV2 in %
	Mio. CHF 31.12.2001	in %	Mio. CHF 31.12.2000	in %	in % ¹⁾ 2001 2000			
Nominalwertanlagen	5'886	53.6	6'304	52.6			50.0	–
Kontokorrent bei der Stadt Zürich	177	1.6	195	1.6			–	–
Annuitäten-Guthaben bei der Stadt ZH	860	7.8	893	7.5			–	–
Hypotheken	791	7.2	795	6.6			–	–
CHF-Obligationen + Geldmarkt, Inland	1'505	13.7	1'747	14.6			–	–
CHF-Obligationen + Geldmarkt, Ausland	1'522	13.9	1'631	13.6			–	30.0
CHF-Terminkonten	1'099	10.0	825	6.9			–	–
CHF-Total inkl. Terminkonten	5'954	54.2	6'086	50.8			45.0	–
FW-Obligationen + Geldmarkt	1'367	12.5	1'390	11.6			–	20.0
FW-Terminkonten	–1'435	–13.1	–1'172	–9.8			–	–
FW-Total, inkl. Terminkonten	–68	–0.6	218	1.8			5	–
Sachwertanlagen	5'096	46.4	5'681	47.4	46.4	47.4	50.0	70.0
Aktien Schweiz	1'729	15.8	2'247	18.7			17.5	30.0
Aktien Ausland	2'362	21.5	2'331	19.4	21.5	19.4	20.0	25.0
Immobilienfonds	320	2.9	239	2.0			5.0	50.0
Private Equities	158	1.4	234	2.0			2.5	–
Commodities	221	2.0	382	3.2			2.5	–
Hedge Funds	306	2.8	248	2.1			2.5	–
Total	10'982	100	11'985	100			100	–
Davon Aktien	4'091	37.3	4'578	38.2	37.2	38.2	37.5	50.0
Davon Auslandschuldner	2'839	25.9	3'021	25.2			–	30.0
Davon Fremdwährungen	3'028	27.6	3'455	28.8			–	30.0

¹⁾ Adjustierung gemäss BVV2 (engagementerhöhende Optionen), siehe Kapitel 4.2.2 lit. b.

²⁾ Die hier angegebene Zielallokation wurde von der Kassenkommission 1998 beschlossen; sie galt bis Ende des Berichtsjahres.

Aus EDV-technischen Gründen können sich gegenüber der Tabelle auf Seite 18 des Geschäftsberichts (Kapitel «Performance des Kassensvermögens») gewisse Abweichungen ergeben. So sind namentlich ausländische Immobilien-Aktiengesellschaften im Anhang zum Geschäftsbericht den ausländischen Aktien und im Geschäftsbericht den Immobilien zugeordnet.

4.2.2 Darstellung der laufenden derivativen Instrumente

Der Einsatz von derivativen Instrumenten erfolgte im Berichtsjahr 2001 im Rahmen der Vorschriften gemäss Art. 56a BVV2.

a) Marktwert

Das per 31. Dezember 2001 ausgewiesene Anlagevermögen von CHF 10.982 Mrd. beinhaltet den Marktwert aller offenen derivativen Positionen (mit eingeschlossen sind auch die sich aus «Corporate Actions» ergebenden Bezugsrechte).

b) Engagement, inkl. Derivate gemäss BVV2

In der Tabelle 4.2.1 (Seite 33) sind Positionen in klassischen Termingeschäften, Futures und Swaps zu ihrem vollen Engagement gemäss BVV2 bereits enthalten. Diese sind auf die Anlagekategorien CHF-Obligationen (CHF 120.5 Mio., Vorjahr CHF 13 Mio.), Aktien Ausland (CHF 1.9 Mio., Vorjahr CHF 0.3 Mio.) und Commodities (CHF 220.7 Mio., Vorjahr CHF 387 Mio.) aufgeteilt.

Werden die Positionen in Optionen nach den in Art. 56a BVV2 festgehaltenen Kriterien berücksichtigt, so bleibt der prozentuale Anteil am Gesamtvermögen in den betreffenden Anlagekategorien, wie in Tabelle 4.2.1 unter der Spalte «Optionen» aufgeführt, unverändert.

Auf Ende 2001 wurden wie im Vorjahr keine Optionen auf Schweizer Aktien, die das Engagement erhöhen, gehalten. Das Exposure der Aktien Schweiz bleibt somit unverändert bei 15.8% (Vorjahr 18.7%). Das in CHF ausgedrückte Exposure der Aktien Ausland erhöht sich um CHF 0.1 Mio. (Vorjahr CHF 0.4 Mio.). Der prozentuale Anteil von 21.5% ändert sich nicht (Vorjahr ebenfalls unveränderter Anteil von 19.4%). Der gesamte Sachwertanteil bleibt unverändert bei 46.4% (Vorjahr unverändert 47.4%)

c) Liquiditätsdeckung; Ausweis der physischen Deckung für Derivate, die das Engagement reduzieren

Für die offenen derivativen Positionen per Ende Berichtsjahr nach Art. 56a BVV2 bestand eine volle Deckung.

Die für engagementerhöhende derivative Positionen erforderliche Liquidität belief sich auf CHF 343.3 Mio. (Vorjahr CHF 438 Mio.), die vorhandene Liquidität betrug CHF 918 Mio. (Vorjahr 765 Mio.).

Es war keine engagementreduzierende derivative Position bei den FW-Nominalwertanlagen vorhanden (Vorjahr CHF 51 Mio.). Die erforderliche physische Deckung für engagementreduzierende derivative Positionen betrug bei den Aktien Schweiz CHF 0.1 Mio. Die bestehende Put Option in der Anlagekategorie Aktien Schweiz ist durch die nötigen unterliegenden Werte gedeckt.

d) Gegenparteien

Per 31. Dezember 2001 wurden 35 offene Derivatpositionen (Vorjahr 45) registriert. Davon bestand für die Versicherungskasse der Stadt Zürich bei allen Positionen (Vorjahr 41) ein positiver Anspruch (Gegenparteiisiko). 31 Kontrakte (Vorjahr 38) waren standardisiert und an einer offiziellen Terminbörse kotiert. Der gesamte Wiederbeschaffungswert der 4 nicht an einer offiziellen Terminbörse gehandelten Kontrakte (Vorjahr 7) betrug per Ende 2001 CHF 0.2 Mio. (Vorjahr CHF 0.3 Mio.).

4.2.3 Anlagen beim Arbeitgeber

Die Pensionskasse unterhielt am 31. Dezember 2001 folgende Guthaben gegenüber der Stadt Zürich (die Prozentzahlen beziehen sich auf das Gesamtvermögen):

	2001		2000	
	Mio. CHF	in %	Mio. CHF	in %
Annuitäten	861.0	7.8	893.0	7.5
Kontokorrent	177.0	1.6	195.0	1.6
Total	1'037.0	9.4	1'088.0	9.1

Das Annuitäten-Guthaben beinhaltet bereits eine Zinskomponente von 4%. Der Zins für die Kontokorrentanlagen wird jährlich an den Dreimonatssatz des CHF-Eurogeldmarktes angepasst und lag im Berichtsjahr im Mittel bei 2.9% (Vorjahr 3%).

4.2.4 Wertschriftenausleihe

Über die Berichtsperiode der Wertschriftenausleihe, die sich vom 1. Dezember 2000 bis 30. November 2001 erstreckt, wurden Einnahmen von insgesamt CHF 1.6 Mio. (Vorjahr CHF 1.3 Mio.) erzielt, was 0.15% vom durchschnittlichen Gesamtvermögen (Vorjahr 0.11%) bzw. 0.17% vom durchschnittlichen Wertschriftenvermögen (Vorjahr 0.13%) ausmacht.

Das Ausleihen von Wertschriften wird ausschliesslich durch die zentrale Depotbank (Global Custodian) betrieben. Sie hat sich dabei an das von der Anlagekommission im Januar 1995 beschlossene und 1997 revidierte Subkonzept für die Wertschriftenausleihe zu halten. Dieses Subkonzept regelt vor allem die Sicherstellung, die Gewährleistung der Freiheit der externen Vermögensverwalter sowie die Berichterstattungspflicht der Depotbank.

Securities Lending	31. Dezember 2001	31. Dezember 2000
<u>Ausgeliehene Titel</u> , in Mio. CHF	437.0	871.0
<u>Ausleihbare Titel</u> , in Mio. CHF	7'385.0	8'583.0
<u>Ausgeliehene Titel</u> in Prozent der ausleihbaren Titel	5.9	10.2

4.2.5 Performance

Das gesamte Anlagevermögen der Pensionskasse ist während der Berichtsperiode um CHF 1.003 Mio. (Vorjahr Anstieg um CHF 90 Mio.) auf CHF 10.982 Mrd. (Vorjahr 11.985 Mrd.) gesunken. Diese Wertverminderung setzt sich zusammen aus dem aktuarischen Netto-Mittelabfluss von CHF 366 Mio. (Vorjahr CHF 377 Mio.) sowie aus der Wertveränderung des Anlagevermögens, beinhaltend Kursveränderungen und Erträge, von CHF –637 Mio. (Vorjahr CHF +466 Mio.).

Die Wertveränderung der Anlagen entspricht einer Performance von –5.4% (Vorjahr +4.0%). Die theoretische Vergleichsrendite lag bei –5.3% (Vorjahr +3,0%). Ihre Berechnung erfolgt aufgrund der Börsenindizes, die entsprechend der Anlagestrategie gewichtet werden.

Bericht der Kontrollstelle

an die Kassenkommission der Pensionskasse der Stadt Zürich, Zürich

Als Kontrollstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang/Seiten 24 bis 36), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse der Stadt Zürich für das am 31. Dezember 2001 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Vermögensanlage ist die Kassenkommission, für die Jahresrechnung, Geschäftsführung sowie die Alterskonten der Stadtrat auf Antrag der Kassenkommission verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese Geschäftsbereiche zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

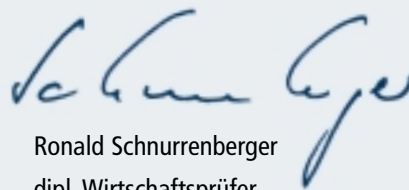
Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, den Statuten und den Verordnungen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG Fides Peat



Kurt Gysin
dipl. Wirtschaftsprüfer



Ronald Schnurrenberger
dipl. Wirtschaftsprüfer

Zürich, 19. April 2002

Organe

Kassenkommission

Arbeitgebervertretungen

Willy Küng, Stadtrat	Stadt Zürich	Präsident
Ruedi Steiger	Stadt Zürich	Vizepräsident
Kurt Fehr	Stadt Zürich	
Andi Hoppler	Stadt Zürich	
Peter Marti	Stadt Zürich	
Ferdinand Pfyl	Stadt Zürich	
Christian Traber	Stadt Zürich	
Alois Steiner	Angeschlossene Unternehmen	
Urs Ryf	Angeschlossene Unternehmen	

Versichertenvertretungen

Gabriel Allemann	Polizeidepartement	KPV
Walter Benz	Pensionierte	KPV
Irmgard Buss	Finanzdepartement	VPOD
Peter Degiacomi	Tiefbau und Entsorgung	KPV
Karl Eberli	Pensionierte	VPOD
Dorothea Frei	Sozialdepartement	VPOD
Enrico Germann	Hochbaudepartement	KPV
Alwin Huber	Industrielle Betriebe	VPOD
Heinz Jacobi	Gesundheit und Umwelt	VPOD
Peter Kurzen	Gesundheit und Umwelt	KPV
Doris Rapold	Präsidialdepartement	VPOD
Jorge Serra	Schul- und Sportdepartement	VPOD
Yilmaz Sunu	Lehrkräfte	KPV
Markus Knecht	Angeschlossene Unternehmen	VPOD
Christina Krummenacher	Angeschlossene Unternehmen	KPV

KPV = Konferenz der Personalverbände VPOD = Verband des Personals öffentlicher Dienste

Sekretariat

René Engler	Versicherungskasse
-------------	--------------------

Kassenausschuss

Arbeitgebervertretungen

Ruedi Steiger	Stadt Zürich	Präsident
---------------	--------------	-----------

Versichertenvertretungen

Irmgard Buss	Finanzdepartement	Vizepräsidentin	VPOD
Peter Degiacomi	Tiefbau und Entsorgung		KPV
Karl Eberli	Pensionierte		VPOD
Enrico Germann	Hochbaudepartement		KPV
Markus Knecht	Angeschlossene Unternehmen		VPOD

Sekretariat

René Engler	Versicherungskasse
-------------	--------------------

Anlagekommission**Arbeitgebervertretungen**

Andi Hoppler	Stadt Zürich	Präsident
Ruedi Steiger	Stadt Zürich	Vizepräsident
Kurt Fehr	Stadt Zürich	
Ferdinand Pfyl	Stadt Zürich	

Versichertenvertretungen

Walter Benz	Pensionierte	KPV
Alwin Huber	Industrielle Betriebe	VPOD
Markus Knecht	Angeschlossene Unternehmen	VPOD

Externe beratende Mitglieder

Prof. Dr. Martin Janssen	Ecofin Investment Consulting, Zürich
Dr. Daniel Wydler	Bank Von Graffenried, Bern

Sekretariat

Ernst Betschart	Versicherungskasse
-----------------	--------------------

Geschäftsleitung

Dr. Ernst Welti	Versicherungen	Vorsitzender
Armin Braun	Vermögensanlagen	Stv. Vorsitzender
Richard Grolimund	Zentrale Dienste	Mitglied

Kontrollstelle

KPMG Fides Peat, Badenerstrasse 172, 8026 Zürich

Experte für berufliche Vorsorge

Dr. Olivier Deprez, Neustadtgasse 7, 8001 Zürich

Vertrauensärztinnen und -ärzte**Allgemeine Untersuchungen**

Dr. med. Martin Bähler	
Dr. med. Franziska Bammatter	
Dr. med. Heinz Brögli	
Dr. med. Gondini Fravi	
Dr. med. Alkibiadis Goridis	
Dr. med. Lilly Levis-Kern	
Dr. med. Karl Müllly	nur Personal der Verkehrsbetriebe
Dr. med. Ursula Vogelsang	

Spezialärztinnen und -ärzte

Dr. med. Hansueli Burger	Psychiatrie
Prof. Dr. med. Christophe Huber	Augenkrankheiten
Prof. Dr. med. dent. Ulrich Saxer	Zahnmedizin
Dr. med. Hans-Heinrich Schiller	Neurologie
Dr. med. Thomas Syz	Chirurgie und Unfallmedizin
Dr. med. dent. Renato Trachsler	Zahnmedizin
Dr. med. Felix Wyss	Psychiatrie

Personalärztinnen und -ärzte der Stadtspitäler

Dr. med. Robert Fries	Stadtpital Triemli
Dr. med. Ursula Möhr	Stadtpital Waid

Allgemeine Baugenossenschaft (ABZ)	Hürzeler & Co. AG	Spitex Altstetten
Alterswohnheim Herrenbergli	Institut für Angewandte Psychologie (IAP)	Spitex Aussersihl-Hard
Baugenossenschaft Brunnenhof	Integras Fachverband Sozial- und Heilpädagogik	Spitex Fluntern
Baugenossenschaft Denzlerstrasse	Kath. Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung der Schweiz (KAB)	Spitex Hottingen
Baugenossenschaft der Strassenbahner von Zürich	Kinderheim Pilgerbrunnen	Spitex Industrie Zürich 5
Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals	Krankenpflegeschule Zürich	Spitex Oberstrass
Baugenossenschaft Frohheim	Krippeverein Albisrieden	Spitex Oerlikon
Baugenossenschaft Gisa	Kulturama	Spitex Unterstrass
Baugenossenschaft Graphika	Kunsthaus Zürich	Spitex Vitalis
Baugenossenschaft Hagenbrünneli	Markus Knecht Consulting AG	Spitex Wiedikon
Baugenossenschaft Halde Zürich (BHZ)	Maternité Inselhof Triemli	Spitex Wipkingen
Baugenossenschaft Hofgarten	Mieterbaugenossenschaft Vrenelisgärtli	Spitex Zürich-Affoltern
Baugenossenschaft Im Gut	Nomad Counsel to Management AG	Spitex Zürich-Altstadt
Baugenossenschaft Letten (BGL)	OKAJ Zürich, Organisation und Kontaktstelle aller Jugendvereinigungen Zürich	Spitex Zürich Nord
Baugenossenschaft Linth-Escher	Opferhilfe-Beratungsstelle	Spitex Zürich West
Baugenossenschaft Milchbuck	PANORAMA Kranken- und Unfallversicherung	Spitex Zürich 2
Baugenossenschaft Rotach	Parkhaus Urania AG	Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich
Baugenossenschaft Schönheim	Pestalozzigesellschaft	Stiftung Evang. Gesellschaft des Kantons Zürich
Baugenossenschaft Sonnengarten	Regionalplanung Zürich und Umgebung	Stiftung PWG
Baugenossenschaft St. Jakob	Rheuma- und Rehabilitations-Klinik	Stiftung Schule für Ergotherapie
Baugenossenschaft Waidberg	Santésuisse Zürich-Schaffhausen	Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien
Baugenossenschaft Zentralstrasse	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Logopädie	Stiftung Somosa
Behindertenkonferenz Kanton Zürich BKZ	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter (SAEB)	Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime SZKJ
Berufsschule für Hörgeschädigte	Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft	Stiftung Zürcher Schülerferien
BiZZ Billettzentrale	Schweizerische Liga gegen Epilepsie	Theater am Neumarkt AG
BKE Berufsschule für Kleinkinderziehung	Schweizerische Stiftung für die Photographie	Theater Hochschule Zürich
Bürgschafts- und Darlehensgenossenschaft der evangelische Landeskirche des Kantons Zürich	Schweizerischer Berufsverband Soziale Arbeit (SBS)	TOASTER
Christkatholische Kirchenpflege	Schweizerischer Schriftstellerinnen- und Schriftstellerverband	transfair
Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer	Schweizerischer Städteverband	Verband der stadtzürcherischen evangelisch-reformierten Kirchgemeinden
Erdgas Ostschweiz AG	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD)	Verein Altersheim Im Ris
Erdgas Zürich AG	Schweizerischer Verband für das Gehörlosenwesen	Verein Bergschulheim Casoja
Fachhochschule Zürich, Schule für Soziale Arbeit	Schweizerischer Verband für Wohnungswesen	Verein Chinderhus
Familienheimgenossenschaft Zürich (FGZ)	Schweizerisches Sozialarchiv	Verein Die Dargebotene Hand
Fragile Suisse, Schweiz. Vereinigung für hirnverletzte Menschen	Schweizerisches Arbeiter- und Arbeiterinnenhilfswerk	Verein Integriertes Wohnen für Behinderte (IWB)
Frauenhilfsverein Aussersihl-Hard	Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft	Verein katholisches Obdachlosenheim
Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft	Schweizerisches Jugendbuch-Institut (Johanna-Spyri-Stiftung)	Caritas Hospiz
Gemeinnützige Baugenossenschaft Röntgenhof	Siedlungsgenossenschaft Eigengrund	Verein Nachbarschaftshilfe Zürich-Altstetten/Grünau
Gemeinnützige Baugenossenschaft Selbsthilfe	Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich	Verein Werkstätte Drahtzug
Gemeinnützige Baugenossenschaft Wiedinghof	Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich	Verein Wohnhaus Röschibach
Gemeinnützige Baugenossenschaft Zürich 2	Spitex-Verein Schwamendingen	Verein Zürcher Jugendwohnungen
Genossenschaft Campo Cortoi	Spitex-Verein Seebach	Volkshausstiftung
Genossenschaft der Baufreunde	Spitex-Zentrum Höngg	Wohnpflegeheim Häuptli
Genossenschaft Gehörlosenhilfe Zürich (GGHZ)	Spitex Albisrieden	Wohnpflegeheim Kull
Genossenschaft Limmathaus Zürich		Zentralbibliothek Zürich
Genossenschaftsgruppe HABITAT 8000		Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung
Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft (GEWOBAG)		Zoologischer Garten Zürich
Gewerkschaftsbund der Stadt Zürich (GBZ)		Zürcher Fürsorgeverein für Gehörlose